

Erste Vorzeichen einer Verfolgung

Konservative Christen besorgt über Medienpolemik – Späth: Wir sind im Visier des »Kampfs gegen Rechts«

Konrad Badenheuer

Konservative evangelische Christen klagen über eine Welle an herabsetzenden Medienberichten, auch in öffentlich-rechtlichen Sendern und in aus Steuermitteln geförderten Publikationen. Konrad Badenheuer sprach darüber mit Andreas Späth, dem Vorsitzenden der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB) e.V.

PAZ: *Sie warnen als einer der führenden Vertreter des konservativen Protestantismus in Deutschland vor zunehmender Polemik gegen Evangelikale. Haben Sie Beispiele dafür?*

Späth: Polemik wäre mir zu wenig, man muß fast schon von einer Stimmungsmache sprechen, wie sie historisch am Vorabend von Verfolgungssituationen zu beobachten war. Beispielsweise gab es im April 2008 gegen den Kongreß „Christival“ in Bremen zahlreiche gewalttätige Übergriffe, die rund 30 Festnahmen belegen das Ausmaß dieser linksextremen Gewalt. Vorangegangen war eine wochenlange Stimmungsmache durch Politiker wie den Grünen-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Volker Beck, der unter anderem mit einer parlamentarischen Anfrage diesen Kongreß in beispielloser Weise verächtlich gemacht hat. Wenn hier die Solidarität der gesellschaftlichen Mitte mit den verbal Angegriffenen ausbleibt, kann Gewalt die Folge sein.

PAZ: *Sind wir schon so weit, daß in Deutschland christliche Veranstaltungen Polizeischutz und gesellschaftliche Rückendeckung benötigen, um ungestört stattfinden zu können?*

Späth: Leider ja. Dies bestätigen auch die bis dahin beispiellosen Vorgänge um den Marburger „6. Internationalen Kongreß für Psychotherapie und Seelsorge“ im Mai dieses Jahres. Ein Aktionsbündnis linker und homosexueller Gruppen wollte zunächst die Ausladung einzelner Referenten erzwingen und dann sogar den ganzen Kongreß kippen.

PAZ: *Was hat die Kritiker denn dermaßen gestört?*

Späth: Zwei der vorgesehenen Referenten, Dr. Christl Ruth Vonholdt und Markus Hoffmann, werden in der Homo-Szene als sogenannte „Umpoler“ diffamiert. Hoffmann bietet Homosexuellen, die dies wünschen, Therapien an, die bei gutem Verlauf zur Herausbildung einer heterosexuellen Identität führen können. Ruth Vonholdt publiziert wissenschaftlich über diese Themen.

PAZ: *Na und?*

Späth: Teile der organisierten Homosexuellen sehen darin einen Angriff auf ihre Grundrechte und reagieren hochaggressiv – in Marburg kam es zu einer Welle von

Sachbeschädigungen. Sie bestreiten nicht nur die Möglichkeit der Änderung der sexuellen Orientierung von Menschen – was ihr gutes Recht ist –, sondern sie sehen bereits in der öffentlich geäußerten Überzeugung, daß diese Möglichkeit bestehen könnte, einen Rechtsverstoß, den sie am liebsten als „Diskriminierung“ justitiabel machen würden. So werden mit der Behauptung, Grundrechte zu schützen, Grundrechte in Frage gestellt.

PAZ: *An welche Rechte denken Sie?*

Späth: Zu allererst an die Meinungsfreiheit, außerdem an die Freiheit von Forschung und Lehre, dann natürlich an die Religionsfreiheit. Letztlich werden auch die Rechte derjenigen Homosexuellen, die unter ihrer Neigung leiden, beschnitten – ihnen würde ein Therapieangebot genommen. Paradoxerweise verstößt die Annahme, die sexuelle Orientierung sei unveränderbar, auch ziemlich direkt gegen die Logik des sonst von den Homosexuellenverbänden hochgehaltenen „Gender Mainstreaming“. Dessen Grundgedanke ist ja eigentlich, daß der Mensch nicht nur seine sexuelle Orientierung, sondern sogar seine soziale Geschlechterrolle und damit seine sexuelle Identität mehr oder weniger frei wählen könne.

PAZ: *Ein mehrfacher Widerspruch in sich?*

Späth: Hier paßt wirklich nichts mehr zusammen, und bei allem Respekt für den einzelnen Betroffenen kann man hier aus christlicher Sicht durchaus von einer diabolischen Verwirrung sprechen. Aber gerade die Klarheit, mit der bekennende Christen dies herausarbeiten, hat uns zum Feindbild dieser Kräfte gemacht. Das Ergebnis sind Angriffe auf uns, selbst in den öffentlich-rechtlichen Medien.

PAZ: *Vor wenigen Tagen hat der Norddeutsche Rundfunk einen Beitrag ausgestrahlt, den Sie scharf kritisieren.*

Späth: Dieser am 24. Juni ausgestrahlte Acht-Minuten-Beitrag atmet in der Tat den Geist tiefer Feindschaft gegen alles, was ernsthaftes Christsein ausmacht. Es beginnt mit einer polemischen Spitze der Moderatorin gegen die christliche Mission, die als etwas geradezu Unanständiges karikiert wurde.

PAZ: *Wurde hier die Haltung des Senders sichtbar?*

Späth: Das ist zu befürchten, zumal dann der Beitrag selbst Gift und Galle gegen gläubige Christen verspritzte. Ihnen wurde Machtstreben, Druckausübung, Homosexuellenfeindlichkeit und im Einzelfall der Griff zu Morddrohungen unterstellt. Im Standbild war dann aber doch zu sehen, daß die als „Beweis“ eingeblendete E-Mail gar nicht von einem evangelikalen Christen stammt, sie beginnt nämlich mit den Worten „Habe gerade die Evangelikalen angeschrieben und sie darauf hingewiesen...“. Damit ist speziell diese Sequenz ein Tiefpunkt der Manipulation im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, was wir alle mit unseren Gebühren finanzieren müssen.

PAZ: *Wären hier nicht die C-Parteien gefordert?*

Späth: Das hielten wir an sich für selbstverständlich, doch leider geschieht neuerdings manchmal geradezu das Gegenteil. Erst vor wenigen Tagen ist CDU-

Generalsekretär Ronald Pofalla bei der Lesben- und Schwulenunion (LSU) aufgetreten, meines Wissens ohne die Homosexuellenverbände zur sorgfältigen Achtung der Grundrechte aufzurufen und ohne diese Probleme überhaupt nur anzusprechen. Damit hat er nicht nur einem grundrechtsfernen Denken Vorschub geleistet, sondern auch Stimmen innerhalb der CDU ermutigt, die ganz auf der Linie des radikalen Teils der Homo-Verbände liegen. Ich denke etwa an die sächsische Ausländerbeauftragte Friederike de Haas, die evangelikale Christen kürzlich in einem Atemzug mit Rechtsradikalen genannt hat. Tatsächlich sind wir zunehmend – wie seit langem schon heimattreue Vertriebene – im Visier des „Kampfes gegen Rechts“.

PAZ: *Wir haben über die Mission gesprochen. Sie kritisieren das geringe Engagement der EKD-Spitze im Falle der entführten Missionare im Jemen.*

Späth: Bisher ist unklar, wenn auch letztlich unerheblich, inwieweit diese engagierten Christen dort missionarisch aktiv waren. Die leisen Töne des EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber sind vielleicht durch diplomatische Rücksichtnahme zu erklären. Das wäre im Sinne der Opfer, auch wenn der Kontrast zu seinen scharfen Worten im Falle der zum Islam konvertierten Susanne Osthoff nach deren Entführung im Irak ins Auge sticht. Bedrückend sind Äußerungen aus der zweiten Reihe mehrerer Landeskirchen, die darauf hinauslaufen, daß die Betroffenen, falls sie missioniert hätten, an ihrer Entführung oder gar Ermordung letztlich selber schuld seien. Es ist unerträglich, wenn der weltweite Einsatz für Menschenrechte ausgerechnet beim Grundrecht der Religionsfreiheit durch kirchliche Mitarbeiter konterkariert wird.

Die evangelische Bekenntnisbewegung

Unter dem biblischen Motto „Kein anderes Evangelium!“ entstand Mitte der 1960er Jahre die evangelische Bekenntnisbewegung, 1967 wurde die KSBB gegründet. Sie wehrte zunächst vor allem theologische Fehlentwicklungen, wie die sogenannte „Gott-ist-tot-Theologie“, ab. Ihr Anliegen genoß in der EKD-Führung durchaus Rückhalt, wie folgende Worte des EKD-Ratsvorsitzenden Hermann Dietzfelbinger aus dem Jahr 1971 zeigen: „Wenn nicht alles täuscht, so stehen wir heute in einem Glaubenskampf, in einem Kirchenkampf, gegenüber dem der Kirchenkampf des Dritten Reiches ein Vorhutgefecht war. Das Unheimliche daran ist, daß dieser heutige Kampf vielfach kaum erkannt, zu allermeist verharmlost wird und unter Tarnworten wie ‚Pluralismus‘ voranschreitet.“ Trotz dieser Einigkeit in der Sache wollte die EKD die Bekenntnisbewegung nicht unterstützen. Angesichts massiv gesunkener Mitgliederzahlen und weiterer Krisensymptome zeichnet sich nun vereinzelt ein Umdenken ab.